Chaos wäre schon da, wenn nicht die bürgerlichen Behörden und Beamten weiter gearbeitet hätten. Die nächsten, dringendsten Aufgaben kann die Revolution offenbar nicht erfüllen: sie heißen Friede, geordnete Demobilisierung, Nahrung und geregelte Arbeitsverhältnisse. Den Frieden wird sie nicht allein herbeiführen, nicht einmal den Vorfrieden wird sie allein zustande bringen, sondern sie wird vielleicht sogar den Reichstag dazu brauchen, da der rechtzeitige Zusammentritt der Nationalversammlung ihr „technisch zu schwierig" ist. Die Demobilisierung ist ihr zum Teil unter den Händen zerronnen, sie hat vielfach die Form der Auflösung angenommen, wobei besondere, plötzliche Ernährungsschwierigkeiten aufgetaucht und große Vorräte eingebüßt worden sind. Wenn die Arbeitsbeschaffung gelingt, so geschieht es unter ungeheuren Opfern des Bürgertums, aber nicht durch ein Verdienst der Revolution.

Es geht eben nicht so einfach mit der rein proletarischen Revolution. Nicht zu leugnen ist ja, daß die Bewegung bis zur Vollendung des Umsturzes, das heißt bis zur Zerstörung des Bestehenden, also im negativen Teile, rein proletarisch war. Das Bürgertum hatte keinen Teil daran und nahm innerlich nur in sehr geringem Umfange zustimmend daran Anteil. Dann aber erklärte es sich bereit, die Ergebnisse der Revolution, soweit man sich damit abfinden konnte, zu festigen, jedenfalls die bestehende revolutionäre Macht zu stützen, wenn auch nicht für die Dauer, — doch das alles wurde ziemlich schnöde abgelehnt. „Das machen wir alles allein", dieses Wort, das in diesem Kriege schon manche tragikomische Rolle gespielt hat, auf unserer Seite wie auf der unserer Bundesgenossen, schwebt auch hier über dem Ganzen. Jetzt zeigt sich, daß das Proletariat es eben nicht allein machen kann. Es spielt nun einmal heute nicht die Rolle, die 1789 das französische Bürgertum spielte; und unser Bürgertum hat andere Kräfte und einen anderen Geist als das heutige russische, mit dem nicht viel anzufangen war und mit dem man leicht fertig wurde. Das deutsche Bürgertum ganz ausschalten zu wollen, wenn auch nur auf Monate, war unsinnig. Es ließ sich einfach nicht entbehren. Man braucht sich bloß das Alter derer zu vergegenwärtigen, die heut an vielen Stellen die Gewalt ausüben: Die Lebensalter von 19 bis zu 25 Jahren spielen eine wunderliche Rolle auf Posten wie dem eines Polizeipräsidenten oder eines Vorsitzenden des Soldatenrates. Wer in irgendeiner der entscheidenden Versammlungen eine Rede schwang, konnte damit die Leiter zur höchsten Macht erklimmen, für die er keinerlei Vorbedingungen mitbrachte. (Und ähnlich geht es bei der Wahl der Betriebsausschüsse in industriellen Betrieben zu; erfahrene Arbeiter, die etwas vom Betriebe verstehen, spielen keineswegs immer führende Rollen.) Zufall und eine rein äußerliche Redegewandtheit, das war die neue Wahlmethode, die nur als eine Karikatur des gleichen Wahlrechts gelten kann; wobei noch zu bemerken ist, daß an manchen Orten drei bis viermal gewählt werden mußte, bis der Ausfall den eigentlichen Lenkern der Sache gefiel. Dies war das neue Auslese verfahren, das das alte ablösen sollte, aber nicht einmal — bei weitem nicht — jenes gewiß sehr mangelhafte Verfahren zu ersetzen imstande war. Man braucht noch nicht einmal auf bekannte „Fälle" zu verweisen, die eine besonders peinliche Belastung dieser neuen Methode der Auswahl bedeuten . . .

Jetzt sind wir glücklich — und wir wollen noch sagen: Gott sei Dank — so weit, daß die Regierung anscheinend daran denkt, in der Eile den zuerst ziemlich nichtachtend weggeschickten Reichstag zu Hilfe zu rufen, um das Volk zu retten und sich selber wenigstens eine bessere Beglaubigung nach innen und nach außen zu verschaffen. Denn daß eine sehr große Mehrheit des Reichstags hinter sie treten würde, daran ist ja nicht zu zweifeln. Aus Berlin kamen mancherlei Andeutungen, die wohl als Ankündigungen der Wiedereinberufung des Reichstages aufzufassen waren. Der auf den 1. Dezember von den Soldatenräten des Feldheeres einberufene Vertretertag der Soldatenräte ist auch ein Zeichen, daß sich eine Wendung vorbereitet, und der Dresdner Wahlsieg der alten Sozialdemokratie, die auf schleunige Wahl der Nationalversammlung drängt, spricht ebenfalls laut und bezeichnet hoffentlich eine Umkehr für ganz Sachsen! Selbst die „Leipziger Volkszeitung" schrieb am Sonnabend: „Die Mitteilungen des Genossen Wurm zeigen die ernste Lage, in der Deutschland sich zurzeit befindet. Diese Lage kann die Regierung der Volksbeauftragten zu politischen Handlungen nötigen, die vom Zwange diktiert sind und nicht der freien Wahl entspringen." Man kann das auf die Einberufung der Nationalversammlung oder auch des Reichstages beziehen. Das Blatt weiß eben ganz gut, daß unter den jetzigen Verhältnissen selbst ein Vorfriede von den Feinden nicht zu bekommen ist; sie verlangen andere Garantien. Auf den Präliminarfrieden aber kommt es heute vor allem an. Er ist auch die einzige Möglichkeit für die Revolution selber, sich vor dem Fluche der erdrückenden Mehrheit des Volkes zu retten.

Bergarbeiterstreik in ganz Oberschlesien

wtb. **Beuthen**, 23. November. (Drahtbericht.) Der Bergarbeiterstreik hat sich fast auf das ganze oberschlesische Kohlenrevier ausgedehnt und überall einen recht erheblichen Umfang angenommen.

*

Die Kohlennot ist ebenso bedrohlich wie die Ernährungsnot. In vielen Städten verfügen die Gasanstalten nur noch über einen Vorrat, der für wenige Tage reicht. Um so beängstigender ist die in verschiedenen Kohlengebieten zutage getretene Streikbewegung. Die preußische Regierung hat, wie wir erfahren, Vertreter der Berufsgenossenschaften der Bergarbeiter mit großen Vollmachten zum Verhandeln in die betreffenden Reviere entsandt, die den Streikenden klar machen, in welche große Bedrängnis sie die Allgemeinheit bringen.

Kohlennot in Dresden

△ **Dresden**, 23. November. (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Die Kohlennot veranlaßt den Rat der Stadt Dresden zu scharfen Eingriffen in den Verbrauch des elektrischen Stromes. Elektrische Heizöfen dürfen überhaupt nicht benutzt werden. Die elektrische Beleuchtung in den Fabriken, Geschäftsräumen, Läden und Wohnungen ist auf das äußerste zu beschränken. In jedem Zimmer und Raum darf nur eine Lampe benutzt werden. Die Ladenbeleuchtung mit elektrischem Strom wird auf die Stunden von 9 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags beschränkt. Die Straßenbahnen verkehren von jetzt an nur von früh bis nachmittags 5 Uhr. Nach 3 Uhr nachmittags rücken alle Wagen in ihre Depots.

Vertretung der Berufsorganisationen im Frankfurter Arbeiterrat

Der Frankfurter Arbeiterrat plant eine Erweiterung der Zahl der Delegierten. Es sollen nämlich auch Vertreter der Frankfurter Standes- und Berufsorganisationen aufgenommen werden. Man setzt einen Ausschuß von 25 Mitgliedern ein, der die Frage der Mitarbeit und den Beitritt zum Arbeiterrat prüfen soll. Vertreten sind städtische Beamte, verschiedene Kategorien von Lehrern, kaufmännische und technische Angestellte, die freien Berufe und die Kriegsbeschädigten.

Deutsche demokratische Partei

Die „Demokratische Parteikorrespondenz" schreibt: „In den letzten Tagen sind verschiedentlich, namentlich von der „Vossischen Zeitung", unrichtige Darstellungen über die Gründung der Deutschen demokratischen Partei verbreitet worden, in denen auch bestimmte Persönlichkeiten genannt wurden. Lediglich, weil diese Dinge in der Oeffentlichkeit berührt worden sind, halten wir uns für verpflichtet, folgendes festzustellen: Persönlich hat es sich darum gehandelt, einzelne durch ihr Verhalten im Kriege besonders kompromittierte Führer in ihrer Führereigenschaft auszuschalten. Vor allen Dingen kam hier Herr Dr. Stresemann in Frage. Selbstverständlich ist es jedem Politiker, der sich auf den Boden des Programms vom 16. November stellt, unbenommen, der neuen Deutschen demokratischen Partei als Mitglied beizutreten. Von der Person des Herrn Dr. Friedberg ist, wie ausdrücklich festgestellt sei, in den ganzen Einigungsverhandlungen überhaupt nicht die Rede gewesen."

*

* **Die Haltung der Kölner Nationalliberalen.** Der Vorstand des Nationalliberalen Vereins in Köln hat einstimmig seine Auffassung dahin bekundet, daß unter den gegebenen Verhältnissen als Regierungsform für Deutschland nur die große deutsche soziale (nicht sozialistische) Republik in Frage kommen könne. Weiter wurde gleichfalls einstimmig beschlossen, einer sofort einzuberufenden Vereinsversammlung vorzuschlagen, mit der Fortschrittlichen Volkspartei und der Demokratischen Vereinigung die Gründung einer einigen Freiheitlichen Volkspartei vorzubereiten.

* **Die Kaiserin und die Familien der bisherigen königlichen Prinzen** sind durch Verordnung des Potsdamer Soldatenrates den Rationierungen für Lebensmittel unterworfen worden. Bisher waren die Mitglieder des Herrscherhauses von jeder gesetzlichen Beschränkung im Bezug von Lebensmitteln befreit.

Unser Ostheer in Bedrängnis

Eine Abordnung des Soldatenrats der 10. Armee hat, wie wir erfahren, am Sonntag mit der Berliner Regierung verhandelt und ihr die Bedrängnis dargelegt, in die unsere noch etwa eine halbe Million Soldaten umfassendes Ostheer gelangt ist. Das große Gebiet, das im Osten besetzt ist, soll möglichst bald geräumt werden, aber es stehen der 10. Armee z. B. nur 600 Waggons zur Verfügung, die gleichzeitig der Verpflegung der Städte dienen müssen. Die wenigen Straßen sind in dem bekannten trostlosen Zustand, der durch den Schneeschlamm noch verschärft ist. Die Truppen müssen endlose Strecken zu Fuß marschieren, um die wenigen Eisenbahnknotenpunkte zu erreichen, wobei der arge Kräfteverfall der Pferde, die den ganzen Sommer hindurch nicht ein Kern Hafer erhielten, noch erschwerend mitwirkt. Dazu kommen noch Bandenüberfälle auf den wochenlangen Märschen. Die größte Gefahr aber bedeuten die Massenansammlungen russischer Kriegsgefangener, die die genannten Eisenbahnknotenpunkte belagern und für die um der Unterkünfte, noch Lebensmittel vorhanden sind, so daß es schon wiederholt zu Plünderungen der Proviantämter gekommen ist. Die jetzt zu Zehntausenden wegen mangelnder Bewaffnung nach Rußland heimgeschickten Kriegsgefangenen versperren unseren Truppen den Weg. Wohl hat, wie wir erfahren, die deutsche Regierung einen Funkspruch an die russische Regierung entsandt, damit dieses Eisenbahnmaterial zum Abtransport dieser Massen und Lebensmittel zur Verfügung stelle. Aber es ist wenig Hoffnung vorhanden, daß Rußland selbst über solche Mittel verfügt, und so werden diese verzweifelten, hungernden und frierenden Gefangenenscharen für das Land und unsere Truppen zu einer Gefahr. Die Soldatenräte der 10. Armee bitten darum dringend ihre Kameraden in der Heimat, daß kein Wachtmann seinen Posten in den Gefangenenlagern verläßt. Ein Vertreter dieses Soldatenrats wird in diesen Tagen die wichtigsten russischen Gefangenenlager besuchen, um den Kameraden klar zu machen, wie dringend ihr Wachtdienst zur Rettung des Ostheeres ist und werden gleichzeitig die Kriegsgefangenen warnen, sich dem Elende monatelangen Wartens auf Weiterbeförderung im Osten auszusetzen. Auch die in der Ukraine stehenden Truppen müssen zum Teil denselben Weg nehmen. Da es auch dort an Verkehrsmitteln fehlt, müssen sie vielfach lange Strecken zu Fuß zurücklegen, und es wird noch Monate dauern, ehe der letzte Mann in die Heimat gelangen kann, in die alle, den großen Hindernissen zum Trotz, mit größter Energie streben.

Die Ostfront gegen die Spartakusgruppe

Berlin, 25. November. (Drahtbericht.) Die in Berlin anwesenden Vertreter der Ostfront, die Hunderttausende von Kameraden vertreten, wenden sich auf das Schärfste gegen das Auftreten der Spartakusgruppe in Berlin. Sie erklären sich gegen die Diktatur, wo wo sie auch kommen mag, gegen jeden Bolschewismus, weil die Diktatur zum Bürgerkriege führt und für die Kameraden in Rußland einen napoleonischen Rückzug über die Schneefelder von Rußland bedeuten würde.

Kurt Eisner gegen Hindenburg

München, 25. November. (Drahtbericht.) Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner veröffentlicht folgende amtliche Erklärung: Der bisherige Generalfeldmarschall von Hindenburg erläßt in letzter Zeit wiederholt Kundgebungen, die geeignet sind, auf das empfindlichste die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu stören. Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern nimmt Anlaß, gegen diese ihm so unglücklich wie unzulässig erscheinende Einmischung des bisherigen Generalfeldmarschalls in die Politik entschieden Protest einzulegen. Es ist nicht mehr an der Zeit, den im deutschen Volke angesammelten Zorn auf das feindliche Ausland ablenken zu wollen.

* **Polnische Truppenkörper auf deutschem Boden.** Die polnischen Soldaten aus Preußen, deren Zahl in Warschau auf 5000 und in ganz Kongreß-Polen auf 10 000 geschätzt wird, haben eine polnische Legion gebildet. In Ostrowo hat sich ein polnischer Truppenkörper von 10 000 Mann unter dem Namen erstes polnisches Infanterie-Regiment gebildet und die deutschen Kasernen bezogen. In einem Aufruf der Kommissare des obersten polnischen Volksrates werden die polnischen Soldaten, die von der Westfront kommen, gebeten, sich auf dem Heimwege nirgends aufzuhalten, sondern sofort in die polnischen Volkswehren in den preußischen Landesteilen einzutreten.

* **Englisch-französisches Tonnageabkommen.** „Echo de Paris" veröffentlicht eine Note über ein sehr wichtiges englisch-französisches Abkommen, das soeben vom britischen Kriegskabinett sanktioniert wurde und Frankreich die Abtretung von beträchtlicher Tonnage sowie neue Schiffe, die fertig sind oder auf englischen Werften noch gebaut werden, zusichert. Der Vertrag besagt, daß England eine halbe Million Schiffstonnen an Frankreich abgibt, also rund 35 Prozent der Tonnage, die heute unter französischer Flagge fährt. Die Schiffe werden in drei Abstufungen bis zwei Jahre nach Friedensschluß geliefert.

* **Der englische Unterstaatssekretär des Innern Brake** ist aus der Koalitionsregierung ausgetreten. Er hat sich dem Parteitagsbeschluß der Arbeiterpartei gefügt.

Die Revolution in der Schule

Von
Professor Dr. Paul Hildebrandt.

Wir stehen mitten in der Entwicklung einer neuen Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Umwälzung, die sich vollzogen hat, wird ihre Folgen in unserer Wirtschaft in kürzester Frist zeigen; aber das erste Gebiet, das sie notwendig erfassen muß, wird das der Erziehung und des Unterrichts sein. Der Grundsatz des gleichen Rechts für alle ohne jede Rücksicht auf Vermögen und Religion muß hier ganz bestimmte Folgerungen nach sich ziehen.

Die erste ist die „Einheitsschule". Bereits hat das neue Kultusministerium Richtlinien der neuen Schulpolitik veröffentlicht, unter denen an erster Stelle die Einführung der Einheitsschule steht. Was an dem früheren Schulsystem mit Recht getadelt wurde, war die Abgeschlossenheit der einzelnen Schulgattungen gegeneinander. Es gab kaum Möglichkeiten des Uebergangs von der Volksschule in die höheren Bildungsanstalten. Sie in einen lebensvollen Zusammenhang zu bringen, ist eben der Gedanke der Einheitsschule. Sie legt dabei das größte Gewicht auf den Charakter sämtlicher Lehranstalten als Erziehungsschulen und rückt das Bildungsideal in zweite Linie. Vor allem aber gründet sie sich auf den Gedanken des Aufstiegs der Begabten und prägt die Forderung, daß kraft ihres Systems jeder an die Stelle kommen soll, an die ihn seine Begabung und sein Wille weisen.

Es liegt nun auf der Hand, daß diese Ziele eine einheitliche Grundschule zur notwendigen Voraussetzung haben. Dieser sollen sämtliche Kinder des Volkes angehören. Bis jetzt aber bestanden neben der allgemeinen Volksschule namentlich in Deutschlands Norden Vorschulen, die — weil mit Schulgeld belastet — ein Privileg der Besitzenden bildeten. Um sie tobte heftiger Kampf der Meinungen, der schließlich auch ein Auskunftsmittel brachte, nämlich die Differenzierung der Kinder nach Anlagen bereits in den unteren Klassen der Volksschule. Aus den Bedürfnissen der Gemeindeschule heraus hat Stadtschulrat Sickinger in Mannheim ein System geschaffen, das, nach Ausscheidung der mangelhaft Befähigten, zwischen Normalschülern, schwach Befähigten und gut Befähigten unterschied und diese Kategorien in drei Klassen: die Normalklassen, die Förderklassen und die Vorbereitungs- später Sprachklassen schied. Da mit diesem System vortreffliche Erfahrungen gemacht sind, so steht seiner Durchführung heute nichts mehr im Wege. Damit aber kämen ohne weiteres die Vorschulen in Wegfall, und an ihre Stelle treten eben jene Vorbereitungsklassen. Von ihnen aus müßte sich der Uebergang in die untersten Klassen der höheren Schulen vollziehen.

Die normal Befähigten bleiben auf der Vorschule, die besonders Befähigten treten in die höheren Schulen ein. Da sich aber Begabungen oft erst später entwickeln, so bleiben die Klassen für gut Befähigte auch in den späteren Jahrgängen der Volksschule bestehen; in ihnen erhalten die Kinder in einer Fremdsprache Unterricht und gewinnen so auch später den Anschluß an eine der höheren Schulen.

Aber dem Grundsatz der Einheitsschule gemäß muß nun auch Ernst mit der „negativen Auslese" gemacht werden. Nur wirklich Begabte dürfen die höheren Schulen besuchen. Versagt bei einem Schüler, der zu ihr übergetreten ist, Wille oder Anlage, so daß er innerhalb zweier Jahre nicht in die nächsthöhere Klasse aufrücken kann, so muß er aus seiner Lehranstalt entlassen werden. Die Einheitsschule ist nicht etwa eine leichtere Schule als die jetzt bestehenden, sondern eine schwerere; die Betonung des Grundsatzes der Begabung schließt den „Ballast", über den jetzt in den höheren Lehranstalten durchgehend geklagt wird, aus.

Diese gesamten Neuerungen, so einschneidend sie für unser Schulsystem auch sein würden, bedeuten keinen Bruch mit der Vergangenheit, sondern eine Entwicklung in der Richtung auf größere Einheitlichkeit und Geschlossenheit. Die Entwicklung wird daneben auf eine bedeutende Erweiterung der Freistellen und vergrößerte Möglichkeit der Gewährung von Lehrmitteln hindrängen. Beides darf nicht als Vergünstigung auf Antrag, sondern auf Grund der Verhältnisse und Leistungen des Schülers gewährt werden. Einer allgemeinen Schulgeldfreiheit wird die Erwägung entgegentreten, daß dadurch die Bemittelten von einer Abgabe befreit werden, die sie leisten können, und daß für ihre Kinder die Allgemeinheit, also auch die Unbemittelteren, in Form von Steuern zahlen müßte.

Diesen Erwägungen mehr allgemeiner Natur steht nun als besondere Frage die des künftigen Religionsunterrichtes gegenüber. Die Forderung der Sozialdemokratie ist hier durchaus eindeutig: sie verlangt Uebergabe des Religionsunterrichtes an die einzelnen Kirchengemeinschaften. Das bedeutet also, daß in allen Schulen, höheren wie niederen, die Art und die Ziele dieses Faches grundsätzlich abgeändert werden sollen. An Stelle des Religionsunterrichtes tritt Religionsgeschichte und Moral. Die Kirchengemeinschaften übernehmen das rein Konfessionelle. Auf der Oberstufe wird hier ohne weiteres der Anschluß an das frühere System erreicht: ist doch gerade vor kurzem erst durch einen Ministerialerlaß in Preußen angeordnet worden, daß in der Prima eine Uebersicht über die Hauptlehren der verschiedenen Weltreligionen gegeben werden sollte. Hierzu schließt sich dann von selbst eine Art Einführung in die Philosophie, die schon lange von verschiedenen Seiten gewünscht wurde.

Der Sprung, den unsere deutsche Schule durch diese Neuerungen vorwärts machen würde, ist groß, größer als auf dem ersten Blick scheinen will. Die Lehrpläne auf beiden Seiten werden völlig umgearbeitet werden müssen, und es wird für die geordnete Ueberleitung in den neuen Betrieb durch angestrengte Arbeit zu sorgen sein. Die neuen Männer im Kultusministerium — daran zweifle ich nach einer Unterredung, die ich mit Konrad Hänisch hatte, durchaus nicht — werden mit Besonnenheit vorgehen und diese Ziele auch ohne Schädigung und Erschütterung unseres Schulsystems erreichen.

Städtische Theater. Als diesjähriges Märchen für die Weihnachtszeit gelangt Börners „Aschenbrödel" Anfang Dezember im Alten Theater zur Aufführung.

Konzert des Kirchenchores zu St. Pauli. Das Konzert, zum ehrenden Gedächtnis der im letzten Jahre Gefallenen veranstaltet, ward mit Hans Hillers für Streichorchester, Trompete, Chor und Orgel komponiertem „In memoriam" eröffnet, einem stimmungsvoll-klangschönen Orchestersatze, dessen inmitten einstimmig erklingender Cantus firmus am Schlusse in mehrstimmigen Sätze wiederholt wird. Die Wiedergabe von Liszts darauffolgendem 137. Psalm bedeutete den künstlerischen Höhepunkt des Abends. Neben den ausführenden Instrumentalisten Fräulein Käte Häbler (Violine) und den Herren Fritz Scharff (Harfe) und Max Fest (Orgel) war dies vor allem Fräulein Erna Hähnel zu danken. Mußte man schon an dem Wohlklang ihrer feingebildeten Sopranstimme seine Freude haben, so noch mehr an der ebenso musikalisch wie innig empfundenen, zu Herzen dringenden Vortragsweise, hierin mit Fräulein Häblers ausdrucksreichem Spiel wetteifernd. Bei weitem nicht auf gleich hoher Stufe stand die Aufführung von Beethovens C-Dur-Messe, mit der das recht gut besuchte Konzert beschlossen wurde. Durch mancherlei Umstände ward dies verursacht: bald spielte das durch Künstler verstärkte Studentenorchester, das sich im übrigen recht wacker hielt, zu stark, bald fehlte es an dynamisch feinerer Ausarbeitung im Chor — der Schlußteil des Agnus Dei machte eine rühmliche Ausnahme —, bald ließ die Intonationssicherheit zu wünschen übrig. Insbesondere gilt dies vom Vorsopran, der an mehreren Stellen nur mit Mühe die Höhe nahm, ohne sie immer ganz zu erreichen. Als Gesamtleistung betrachtet, hatte man den Eindruck, daß Herr Prof. Hans Hofmann gewiß alles fleißig einstudiert hatte und das löbliche Bestreben vorhanden war, dem Inhalt der einzelnen Teile dieses Werkes nach Möglichkeit gerecht zu werden, wenngleich sich der künstlerische Erfolg nicht in dem Maße, wie man gewünscht, einstellen wollte. Auch das aus den Damen Hähnel und Ebert und den Herren Dr. Roth und Dr. Meißner bestehende Soloquartett vermochte an dem Endergebnis nur wenig zu ändern.

Curt Hermann.

„Der Tod des Tintagiles." Maeterlinck grausige Marionettentragödie von dem erbarmungslosen Ungeheuer Leben wurde gestern im Varieté Drei Linden vor einem bierdrinkenden und rauchenden Publikum aufgeführt. Verübt hat diesen Nachakt an dem großen belgischen Dichter, der sich zu Anfang des Krieges mehrfach sehr unfreundlich über Deutschland geäußert hat, Herr Hans Peter Schmiedel, der Apostel des „Phantastischen Theaters". Nachakt — denn anders kann man eine Aufführung nicht gut nennen, die sich auch in den vereinzelten lichten Momenten nicht über den üblichen Bühnendurchschnitt erhob, die durch völlig unnötig verwendete violette Scheinwerferbeleuchtung „Stimmung" zu machen versuchte und Gluck und Orlog als geeignete musikalische Ergänzung zu Maeterlinck ansah! „Vaters Tod" als Einleitung zu dem schauerlichen fünften Akt des Tintagiles! Das Allerbeste aber kam zum Schluß: „Für den Teil des Publikums, der gern noch etwas mehr gesehen hätte (und es erwies sich, daß dieser „Teil" das ganze Publikum war!), wurden noch die „lebenden Porzellanfiguren" aus dem täglichen Varieteprogramm vorgeführt! Einen passenderen Epilog konnte man sich zu dieser Maeterlinck-Aufführung wirklich nicht denken.

A. L.

Mannheimer Theater. Uns wird geschrieben: Im Neuen Theater erlebte Eugen Burgs und Otto Härtings Schwank „Sprühteufelchen" unter Karl Marx' Leitung seine Uraufführung und erwies sich dabei als leichte Ware billigster Machart, die aber gefiel, weil ihre zwei dankbaren Hauptrollen geschickten Darstellern reichlich ausgenützte Gelegenheit zu befreiender Heiterkeitswirkung gab. Frau Lisso war das Sprühteufelchen, das den Kammerdiener, den Schmitz mit unnachahmlicher Komik gab, als Gulen ausgibt, und schließlich doch von einem peinlichen Petrachio für die Ehe gezähmt wird.

K. H.

*

„Deutscher Kalender 1919" heißt das Novemberheft der „Süddeutschen Monatshefte" (München und Leipzig, Preis 1,80 M.). Außer dem Kalendarium enthält der Kalender u. a.: Trost aus den dunkelsten Tagen deutscher Geschichte von Heinrich von Treitschke; Fünf Legenden von Caesarius von Heisterbach; Kindheit eines Einsamen von Ludwig Germersheim; Paul Heyse von Josef Hofmiller; Robinson und Gil Blas von demselben; Gedichte, Bücherbesprechungen usw.